

Die Krise der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion scheint die These zu bestätigen, dass eine Währungsunion ohne politische Union nicht überleben kann. Ich selber gehörte zu denjenigen, die dafür plädierten, dass eine politische Union der Einführung des Euros voraus- bzw. zumindest mit ihr einhergehen müsste. Die gegenwärtigen finanziellen Rettungsschirme, die die Europäische Union aufgespannt hat, werden nun von vielen Beobachtern als ein Schritt zu einer solchen politischen Union gesehen. Müsste jemand wie ich diese Entwicklung nicht gutheißen?

Das Gegenteil ist der Fall. Die gegenwärtige Entwicklung entbehrt nicht nur jeder Logik, sie ist auch politisch gefährlich: Eine politische Union sollte auf einer Verfassung aufbauen und eine europäische Regierung vorsehen, die vom Europäischen Parlament nach demokratischen Prinzipien (eine Person – eine Stimme etc.) gewählt wird.

Was aber im Moment geschieht, ist etwas vollkommen anderes. Immer größere Beträge von Steuergeldern stehen wegen der »Rettung« des Euro auf dem Spiel. In den Augen mancher Beobachter könnten diese Rettungsmaßnahmen schlussendlich zu einer politischen Union führen; das liegt an den Bedingungen, die den Defizitländern als Gegenleistung für die Hilfsmaßnahmen auferlegt wurden – Bedingungen, die eine Art europäischer Kontrolle über Teile der nationalen Regierungen implizieren.

Zweifelsohne wäre es zu begrüßen, wenn dadurch in den Defizitländern längst überfällige Reformen ausgelöst werden. Allerdings schafft die Tatsache, dass sich jedes Euroland – selbst bei permanenten Verstößen gegen die Maastricht-Kriterien – offenbar seiner Mitgliedschaft sicher sein kann, ein Moral-Hazard-Problem und Raum für politische Erpressung.

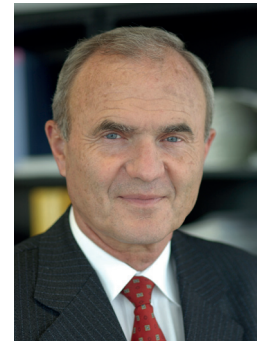
Die Entscheidungen, die beim letzten EU-Krisengipfel am 21. Juli 2011 gefällt wurden, haben neben weiterer Hilfe für Griechenland die Kompetenzen der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF

European Financial Stability Facility) in beträchtlichem Maße erweitert. Die europäische Einflussnahme auf nationale Politikentscheidungen ist dadurch gewachsen. Aber dies ist kein Schritt hin zu einer echten politischen Union, sondern vielmehr ein gefährlicher Schritt hin zur Spaltung Europas.

Zu Recht werden die wachsenden gegenseitigen Haftungsverpflichtungen der Eurostaaten als ein Schritt in Richtung Eurobonds interpretiert. Die Idee, Anleihen aufzulegen, die alle Mitglieder der Eurozone garantieren, scheint auf den ersten Blick sinnvoll, denn die hoch verschuldeten Länder würden sofort in den Genuss niedrigerer Zinsen kommen. Aber die Kehrseite davon ist, dass die Länder mit hoher Kreditwürdigkeit höhere Zinsen als bisher zahlen müssten. Diejenigen, die behaupten, dieser Effekt wäre klein, unterliegen entweder einer Illusion oder unterschätzen absichtlich dieses Risiko. Betrachtet man die Höhe der Verschuldung, die im Laufe der Zeit vergemeinschaftet würde, sind die Zinsrisiken für die bisher verantwortungsvollen Schuldner kaum zu überschätzen.

Eine gemeinsame Anleihe würde auf sofortige Weise Länder von ihrer in der Vergangenheit praktizierten fiskalischen Verantwortungslosigkeit befreien. Ein größerer Fall von Free Riding ist kaum vorstellbar. Der Mangel an fiskalischer Disziplin wird belohnt, während fiskalische Solidität bestraft wird. Der damit verbundene Transfer von Steuergeldern würde ohne die Einbeziehung der nationalen Parlamente stattfinden – ein klarer Verstoß gegen das fundamentale demokratische Prinzip: »Keine Besteuerung ohne Mitspracherecht« (»no taxation without representation«).

Die Vorschläge zur Kontrolle und Begrenzung der Ausgabe von Eurobonds überzeugen nicht. Denn fast alle Vereinbarun-



Otmar Issing\*\*

\* Erschienen in englischer Sprache mit dem Titel »Slithering to the wrong kind of union?« in: Financial Times, 9. August 2011.

\*\* Prof. em. Dr. Dr. h.c. mult. Otmar Issing, ehemals Mitglied des Direktoriums der Europäischen Zentralbank, ist Präsident des Center for Financial Studies an der Goethe-Universität, Frankfurt am Main.

gen, die fiskalische Disziplin auf europäischer Ebene versprochen, wurden immer und immer wieder gebrochen. Das schlechteste Beispiel lieferten Frankreich und Deutschland, als sie in den Jahren 2002 bzw. 2003 den Stabilitäts- und Wachstumspakt verletzten und eine politische Mehrheit gegen die Anwendung der Sanktionsmaßnahmen organisierten.

Alle Bemühungen, den Pakt zu stärken, sind natürlich sehr zu begrüßen. Jedoch zeigen die schlechten Erfahrungen seit dem Start der Europäischen Währungsunion, auch und gerade die mit dem politischen Prozess einhergehenden Anreize, dass eine politische Kontrolle der Haushaltspolitik der einzelnen Mitgliedstaaten auf europäischem Niveau immer ein Kompromiss von verschiedenen Interessen sein wird. Die Idee, durch den Transfer von Steuergeldern, der weder demokratisch legitimiert noch von fiskalischer Solidität geleitet ist, eine politische Union voran zu treiben, ist schlichtweg irreführend.

Die Europäische Währungsunion basiert auf Regeln, die durch internationale Verträge beschlossen wurden. Der Euro wurde als eine »entpolitisierte Währung« geschaffen, seine Stabilität liegt in den Händen einer unabhängigen Zentralbank, die ein klares Mandat zur Bewahrung der Preisstabilität hat. Jeder Versuch, die Währungsunion durch Vereinbarungen zu retten, die die Souveränität auf eine europäische Ebene verlegen, lässt jegliche Logik vermissen – zumal hier die Verletzung grundlegender Verträge bereits zur Regel geworden ist. Als Folge werden sich die Bürger nur noch weiter von Europa entfernen.

Eine Währungsunion mit einem stabilen Euro kann nur überleben, wenn die Unabhängigkeit der Zentralbank respektiert wird. Dies bedeutet auch, dass sich die Europäische Zentralbank jeglicher Aktivitäten mit fiskalpolitischer Zielsetzung uneingeschränkt enthält. Die No-Bailout-Klausel immer weiter in Richtung eines Bailout-Regimes aufzuweichen, ist kein Schritt zu einer demokratisch legitimierten politischen Union. Man begibt sich auf Glatteis, denn fiskalische Disziplinlosigkeit ist die Folge und selbst bislang solide Ländern werden in einem Sumpf von Überschuldung ertrinken.

Diese Art der politischen Union würde nicht überleben. Ihr Kollaps würde durch den Widerstand der Bürger herbeigeführt. In der Vergangenheit führte der Aufschrei »keine Besteuerung ohne Mitspracherecht« häufig zu Kriegen. Dieses Mal droht das Scheitern des bisher erfolgreichsten Projekts wirtschaftlicher Zusammenschlüsse in der Geschichte der Menschheit.